

Nationalbank bestätigt FPÖ-Kritik:

Rot-schwarze Mineralölsteuererhöhung war der größte Preistreiber!

■ Die jüngste Studie der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) bestätigte nicht nur die Kritik der FPÖ am Kurs der Bundesregierung in Sachen Inflation, sondern auch, daß die heimische Teuerung stärker war als in der EU insgesamt. Also hausgemacht von den Dilettanten in der Koalition.

„Es ist eine erschütternde Meisterleistung von Molterer und Bartenstein, daß Italien inzwischen preisstabiler ist als Österreich“, bemerkte Sozialsprecher Herbert Kickl dazu.

Dem die wesentlichen Teile der Inflation sind laut OeNB hausgemacht, also von der Regierung verursacht, wie die Erhöhung der Mineralölsteuer, die in der Folge die Energie- und Treibstoffpreise in die Höhe getrieben hat. „Gerade daraus erklärt sich auch der Großteil der Steuermehreinnahmen des Vorjahres in der Höhe von rund vier



Für die FPÖ-Abgeordneten Kickl und Weinzinger steht nach dem OeNB-Bericht fest, daß die rot-schwarze Koalition die Hauptschuld an den explodierenden Preisen trägt.

Milliarden Euro“, rechnete Kickl den „Unschuldslämmern“ in der Koalition vor.

„Dieses Geld muß den Österreichern sofort zurückgegeben werden“, forderten daher Kickl und Finanzsprecher Lutz Weinzinger. Nur eine sofortige Steuerreform und kein stures Festhalten am Datum 2010 könnten die Armutsbekämpfung, die Entlastung der Bürger sowie der kleinen und

mittleren Unternehmen effektiv und sofort bewirken.

Weinzinger und Kickl warfen der Regierung vor, mit dem Steuergeld der Österreicher (siehe „Gusi-Hunderter“) und den Sozialversicherungsbeiträgen unverantwortlich umzugehen: „Die Sozialtöpfe werden für alle möglichen Dinge herangezogen, aber nicht für ihre Hauptaufgaben, die Armut zu bekämpfen, genutzt.“

Senkung der lohnabhängigen Beiträge!

■ „Die lohnabhängigen Abgaben haben sich den letzten acht Jahren – gegen den internationalen Trend – gewaltig erhöht“, kritisierte Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl. Dazu sei ein „regelmäßiger Teuerungs-Tsunami“ über Österreich hereingebrochen, der vor allem die niedrigen Einkommen hinweggefegt hat. Deshalb sei eine nachhaltige Lohnnebenkostensenkung unumgänglich.

„Deutschland hat 2006 und 2007 die Arbeitslosenversicherungsbeiträge gesenkt“, führte Themessl als Beispiel an. Dies würde vor allem die Beziehenden niedriger Einkommen, die keine Lohnsteuer abführen, deutlich mehr entlasten als der „Almosen-Hunderter“ des Bundeskanzlers.

Sie hätten dann ein höheres Nettoeinkommen, das in weiterer Folge zu mehr Leistung anspornen würde, argumentierte Themessl. Dies würde dann auch positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich haben.

Unabhängigkeitserklärung des Kosovos ist ein Völkerrechtsbruch!

HC Strache: „Ich bin ein Freund Serbiens!“

Noch am Sonntag meldeten HC Strache und der Wiener FPÖ-LAbg. Gerald Ebinger in Presseaussendungen ihre Bedenken zum neuen Staat Kosovo an. Bei einem Treffen am Montag mit einer Delegation aus Serbien, die den Freiheitlichen Parlamentsklub besuchten und wo neben Strache und Ebinger auch die freiheitlichen Landtagsabgeordneten David Lasar und Stadtrat Johann Herzog teilnahmen, zeigte sich die FPÖ solidarisch mit dem Staat Serbien.

Bei einer Pressekonferenz am Dienstag sprach Strache Klartext: Die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo sei völkerrechtswidrig und ein Bruch der UNO-Resolution 1244, „die zwar eine substantielle Autonomie, aber keine Unab-

■ **Der Kosovo hat sich von Serbien losgelöst und ist ein neuer Staat in Europa. Die österreichische Bundesregierung erkennt mittlerweile diesen Staat an, der laut zahlreichen**

Stimmen aus der FPÖ völkerrechtswidrig ausgerufen wurde. HC Strache erklärte im Rahmen einer Pressekonferenz auch: „Ich bin ein Freund Serbiens!“



Eine Delegation aus Serbien zu Besuch bei HC Strache im Parlamentsklub. Die FPÖ akzeptiert den unabhängigen Kosovo nicht.

hängigkeit dieser Region vorsieht“.

Der FPÖ-Bundesparteiobermann wies auch darauf hin, daß der Kosovo ein urserbisches Gebiet sei. Die Schlacht auf dem Am-

selfeld 1389 in der Nähe des heutigen Pristina, wo sich die Serben gegen den osmanischen Imperialismus zur Wehr gesetzt haben, ist eines der wichtigsten Ereignisse der serbischen und europäischen Ge-

schichte“, untermauerte Strache. Es müsse auch klar sein, daß es heute zwischen Österreich und Serbien keine Differenzen mehr gebe, die historischen Konflikte seien beigelegt.